

Ludwig Erhard : Staatsmann und klassisch-liberaler Denker

Autor(en): **Watrin, Christian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **85 (2005)**

Heft 10-11

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-167402>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Zur richtigen Zeit am richtigen Ort – mit dem Mut, die sachlich richtige Entscheidung auch gegen Widerstände durchzusetzen: Eine starke Persönlichkeit hat Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg fast im Alleingang zur Marktwirtschaft zurückgeführt.

Ludwig Erhard: Staatsmann und klassisch-liberaler Denker

Christian Watrin

Ludwig Erhard gehört zum kleinen Kreis jener klassisch liberalen Denker, die nach dem Zweiten Weltkrieg einflussreiche Stellungen in westeuropäischen Volkswirtschaften innehatten. Wenn der Übergang von zentral verwalteter Planwirtschaft zu den Regeln und Mechanismen des Marktes damals manchem Nationalstaat gelang, wenn es im Zuge dieser Transformation auch zu einer bemerkenswerten Wiederbelebung klassisch-liberalen Gedankenguts kam, so ist es vorab diesem kleinen Kreis zu danken. Man denke an Luigi Einaudi in Italien, an Jacques Rueff in Frankreich, Reinhard Kamitz in Österreich, in Deutschland namentlich

an Alfred Müller-Armack, der unter Minister Ludwig Erhard als Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundeswirtschaftsministerium diente.

Die herausragende Figur in diesem Kreis war zweifelsohne Erhard selbst. 1948 wurde er von der britischen und amerikanischen Militärregierung zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gewählt – zum Chefökonom jener Doppelzone also, die im Westen Deutschlands aus der Zusammenlegung des britischen und des amerikanischen Besatzungsraums entstanden war. Nach Ausrufung der Bundesrepublik Deutschland, im Anschluss an die Wahlen zum ers-

ten Deutschen Bundestag, wurde er Wirtschaftsminister im Kabinett von Konrad Adenauer. Vierzehn Jahre lang hielt Erhard diese Position und wurde in diesem Zeitraum zum Vater jener Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die immer wieder fälschlicherweise als «Wirtschaftswunder» bezeichnet wird, obwohl dieses nichts anderes war als eine Rückkehr zum klassischen Liberalismus.

Der wirtschaftliche Aufbau des schwer kriegsgeschädigten Landes führte die damalige Bundesrepublik innerhalb von zehn Jahren an die Spitze der europäischen Wirtschaften. Nach dem Rücktritt Adenauers wurde Erhard 1963 Bundeskanzler, trat aber nur drei Jahre später zurück, nachdem er sich im Folge einer milden Rezession und eines kleinen Defizits im Bundeshaushalt mit wachsendem Widerstand aus den Reihen der eigenen christlich-demokratischen Partei konfrontiert sah.

Ludwig Erhard hatte 1897 als Sohn eines Textilwarenhändlers im stillen fränkischen Städtchen Fürth (nahe bei Nürnberg) das Licht der Welt erblickt. Die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg brachte Deutschland eine bemerkenswerte Stabilität und Prosperität; umso grösser war die Ernüchterung nach dem Kriegsausbruch im Sommer 1914. Zunächst absolvierte Erhard eine kaufmännische Lehre in Nürnberg, wurde dann als Artillerist in die bayerische Armee eingezogen, nahm am Kriegsgeschehen teil und wurde 1917 im Zuge der mörderischen Gefechte bei Ypern an der Westfront so schwer verwundet, dass es ihm nicht möglich war, beruflich in die Fussstapfen des Vaters zu treten.

1919 schrieb er sich an der Handelshochschule in Nürnberg ein. 1922 wechselte er an die Universität Frankfurt am Main, belegte betriebs- und volkswirtschaftliche sowie soziologische Fächer und schloss seine Studien drei Jahre später mit einer Dissertation beim bekannten, eher anarchosozialistischen Ökonomen Franz Oppenheimer ab.

Nach einer Zwischenstation als Geschäftsführer des elterlichen Betriebs wurde Erhard 1928 in Nürnberg wissenschaftlicher Assistent und später Stellvertretender Leiter eines «Instituts für Wirtschaftsbeobachtung», das in erster Linie Konsumforschung betrieb und rund 80 Angestellte zählte. 1942 gründete er sein eigenes Konsumforschungsinstitut, das von der Reichsgruppe Industrie finanziert wurde. Anfang 1944 verfasste Erhard eine streng vertrauliche Denkschrift «Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung», in der er von der Voraussetzung eines für Deutschland verlorenen Krieges ausging – ein damals lebensgefährliches Unternehmen. Unmittelbar vor dem Attentat des 20. Juli überreichte er diese Denkschrift Carl Friedrich Goerdeler, der im Zentrum des zivilen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime stand und später hingerichtet wurde. Das Attentat scheiterte, Erhards Schrift blieb aber glücklicherweise vor Hitlers Schergen verborgen, obwohl Goerdeler das Memorandum mit der Empfehlung versehen hatte: *«Der Mann muss Minister werden»*.

Auf den eigenen Lebensweg zurückblickend, hielt Ludwig Erhard später einmal fest, die Sternstunde seines Lebens sei am Tag nach der von der britischen und amerikanischen Militärregierung initiierten Währungsreform vom 20. Juni 1948 gekommen. In seiner Eigenschaft als Direktor der bizonalen Wirtschaftsverwaltung reizte er an jenem Tag die Möglichkeiten seiner Stellung bis an ihre Grenzen aus, indem er eine grosse Zahl von Preisbindungen, Rationierungen und anderer Kontrollen der Wirtschaft kurzerhand ausser Kraft setzte.

Der Hintergrund ist rasch erklärt. Die Nazis hatten den Krieg mittels einer «unterdrückten Inflation» finanziert. Der Begriff geht auf Wilhelm Röpke zurück und bezeichnet eine Politik, die über eine ungezügelte Notenpresse den Staat mit Geld versorgt, die Wirtschaft aber gleichzeitig in ein enges Korsett aus Preiskontrollen,

«Die Menschen haben es zwar zuwege gebracht, das Atom zu spalten, aber nimmermehr wird es ihnen gelingen, jenes eherne Gesetz aufzusprennen, das uns mit unseren Mitteln haushalten lässt, das uns verbietet, mehr zu verbrauchen, als wir erzeugen können - oder erzeugen wollen.» (1964)

«Was sind das für Reformen, die uns Wände voll neuer Gesetze, Novellen und Durchführungsverordnungen bringen? Liberale Reformen sind es jedenfalls nicht. Es sind Reformen, die in immer ausgeklügelterer Form Bürger in neue Abhängigkeiten von staatlichen Organen bringen, wenn nicht sogar zwingen.» (1974)

Rationierungen und zentraler Bewirtschaftung hineinzwingt. So ineffizient dieses System der Allokation knapper Ressourcen tatsächlich war – in den drei westlichen Besatzungszonen wurde auch nach Kriegsende daran festgehalten. Selbst eine rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen vermochte lange Zeit nicht, die Politik der Militärverwaltung durch bessere Einsicht zu ersetzen. Die Mehrzahl der Menschen mussten mit weniger als 2000 Kilokalorien pro Tag auskommen; in den Läden waren häufig nicht einmal jene Lebensmittelrationen zu bekommen, die durch offizielle Lebensmittelkarten scheinbar garantiert waren. Während Schwarzmarkt und Tauschhandel einigermassen funktionierten, kam die wirtschaftliche Produktion nicht vom Fleck. Vor diesem Hintergrund empfahlen deutsche Wirtschaftsberater eine Zäsur in Gestalt der Währungsreform. Die alte,

durch fortgesetzte Inflation entwertete Reichsmark wurde im Verhältnis von zehn zu eins durch die neue Deutschmark abgelöst.

Aus ökonomischer Perspektive war dies ein Schritt in die richtige Richtung. Aus sich selbst reichte er allerdings nicht aus, die Wirtschaft aus der Stagnation zu befreien. Die Frage mag heute trivial erscheinen, damals war sie heftig umstritten: Wie konnte das neue Geld seine hilfreiche Wirkung tun, wenn doch die Mehrzahl der Preise fixiert, wenn Änderungen jeweils nur mit Erlaubnis der Bürokratie möglich waren? Für Erhard war die Antwort offensichtlich. Über die Währungsreform hinaus galt es, die Verhältnisse auch real- und gesamtwirtschaftlich auf eine neue Grundlage zu stellen.

Von dieser Überzeugung beseelt, rief er an jenem denkwürdigen Sonntag im Juni 1948, als das neue Geld an die westdeutschen Bürger ausgehändigt

wurde, seinen Pressereferenten zu sich und trug ihm eine Bekanntmachung auf: Ab Montag seien viele Preisbindungen aufgehoben. Die Älteren unter uns mögen sich an die Ankündigung erinnern: *«Die einzige Lebensmittelmarke ist von nun an die Mark.»*

Erhard bewegte sich auf dünnem Eis. Wohl konnte er sich auf ein Dekret berufen, das einige Tage zuvor vom quasi-parlamentarischen Organ der Bizone verabschiedet worden war. Das ebenfalls notwendige Einverständnis der Militärregierung indes lag keineswegs vor. Deren Reaktion liess denn auch nicht auf sich warten. Wie er, Erhard, es hätte wagen können, das System der Rationierungen just in dem Moment zu lockern, da bei den meisten Gütern die Knappheit bedrohliche Ausmasse angenommen habe? Der Gescholtene entgegnete trocken, von Lockerung könne nicht die Rede sein – das System sei abgeschafft. Auch der berühmte amerikanische General Lucius D. Clay las Erhard tüchtig die Leviten: *«Herr Erhard, my advisors tell me that you made a terrible mistake!»* Die Antwort fiel kurz und bündig aus: *«General Clay, pay no attention to them. My advisors tell me the same.»*

Ökonomisch gesehen, hatte Erhards Streich natürlich Sinn; die beiden Reformen stützten und ergänzten sich. Stabiles Geld beruht auf einem flexiblen Preissystem – oder umgekehrt: ohne frei bewegliche Preise kann Geld nicht wertstabil bleiben. Soll Marktwirtschaft funktionieren, müssen beide Bedingungen erfüllt sein.

Erhards mutiger Schritt hatte bemerkenswerte Folgen. Fast über Nacht waren Güter für das neue Geld zu haben. Die Verkaufsregale füllten sich, bis anhin gehortete Waren kamen auf den Markt. Menschen, die vorher häufig unterwegs gewesen waren, um sich mit mühseligen Tauschgeschäften mehr schlecht als recht über Wasser zu halten, kehrten in die Betriebe und Fabriken zurück. Deren Produktion verdoppelte sich innert zwölf Monaten. Man fasste Vertrauen in die Stabilität des neuen Geldes, die Wirtschaft

erwachte zu neuem Leben, und der Wettbewerb entfaltete seine gesamtwirtschaftlich wohltuende Wirkung.

Deutschlands Weg in die Freiheit war und ist steinig und lang. Fast sechzig Jahre nach jenem Sommer 1948 sieht sich das Land (wie mancher europäische Nachbar auch) vor neue grosse Herausforderungen gestellt: Märkte und die ihnen zugrundeliegenden Anreizstrukturen müssen wieder aus schädlichen Bindungen und Fesseln befreit werden.

Die vierzehnjährige Amtszeit als Bundeswirtschaftsminister bescherte Erhard einen fortwährenden argumentativen Kleinkrieg mit den politischen Gegnern. Er nahm die Herausforderung stets an. Immer wieder trat er jenen entgegen, die aus marxistischer oder korporatistischer und antiliberaler Perspektive und Motivation die Regeln des Marktes bekämpfen oder zumindest die Märkte durch Interventionen zähmen, binden, regulieren wollten. Seinem Bemühen und Ziel, die deutsche Wirtschaft auf eine funktionierende Basis zu stellen, war in hohem Mass Erfolg beschieden, und erfolgreich setzte er sich dafür ein, dass die deutsche Mark als Währung konvertibel wurde; dass sich die Handelsgrenzen öffneten; dass Kartelle gesetzlich bekämpft wurden. Vor allem aber gelang es ihm, den Menschen den Mut und das Vertrauen zu geben, das eigene Fortkommen selbstverantwortlich in die Hand zu nehmen und jenseits staatlicher Bevormundung frei zu gestalten.

Ludwig Erhards auf lange Sicht wichtigstes Verdienst besteht wohl darin, seinen Landsleuten die Prinzipien der Marktwirtschaft nähergebracht, verständlich gemacht zu haben. Im kleinen wie im grossen Kreis suchte er unablässig die Diskussion, für Zeitungen schrieb er zahllose Kommentare. In den ersten Jahren der Bundesrepublik verging kaum eine Woche, ohne dass Minister Erhard über das Radio aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen ebenso wie Grundsätzliches zur Sprache gebracht hätte.

Als er 1963 das Wirtschaftsministerium verliess, war sein Ruf im In- und Ausland legendär. Dies hat freilich nicht verhindert, dass seine Warnungen in bezug auf das Heranwachsen eines deutschen Wohlfahrtsstaats nicht ernstgenommen wurden. In Anlehnung an Alfred Müller-Armack hatte Erhard sein politisches Programm mit dem Begriff der «Sozialen Marktwirtschaft» umschrieben – und im damaligen Kontext sprachen auch gute Gründe dafür. Schon in den 1870er Jahren hatte Bismarck dem Volk das süsse Gift wohlfahrtsstaatlicher Daseinsvorsorge ins Ohr geträufelt – und dieses Gift hatte nicht an Wirkung eingebüsst. Nach zwei verlorenen Weltkriegen mit zwei für alle Schichten verheerenden Inflationen in ihrem Gefolge war es in Deutschland schlechtweg unmöglich, Wahlen zu gewinnen, *ohne* das Versprechen funktionierender «sozialer Netze» im Programm zu führen.

Nach 1945 wurden Sozialisten und Kommunisten nicht müde, die Vorzüge eines ausgebauten Systems sozialer Sicherungen anzupreisen. Über ein «Recht auf Arbeit», über einen ausgebauten Kündigungsschutz und zahllose andere Vorkehrungen sollte der Markt gezähmt und «sozial» eingebunden werden. Für Erhard und seine Mitstreiter war klar, dass diese Art von Wirtschaftspolitik Deutschland ruinieren musste. Ihr Gegenentwurf gründete auf der Idee, dass freie Märkte und kluge wohlfahrtsstaatliche Sicherungen durchaus Hand in Hand gehen könnten – vorausgesetzt allerdings, dass solche Sicherungen die ökonomischen Grenzen der Gesellschaft respektierten.

CHRISTIAN WATRIN ist Professor emeritus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, wo er dem Institut für Wirtschaftspolitik über zwanzig Jahre lang als Direktor vorgestanden hat. Er ist wissenschaftlich sowie publizistisch im In- und Ausland tätig. Christian Watrin ist Träger des Bundesverdienstkreuzes erster Klasse.